



Wie wird Ihre Partei im Europäischen Parlament den Auftrag zur „Gleichstellungspolitik“ verstehen? Als „Gleichberechtigungspolitik“ oder als „Angleichungspolitik“?

Die Alternative für Deutschland begrüßt die Gleichstellung im Sinne der Gleichberechtigung von Mann und Frau, die auch die Chancengleichheit im Beruf einschließt, um Männern und Frauen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Für die Familienpolitik ist dies aber nur dann sinnvoll, wenn staatliche Aufgaben soweit wie möglich auf der unteren Ebene entschieden werden. Die Europäische Gemeinschaft sollte demnach erst dann tätig werden, wenn Maßnahmen der Mitgliedsstaaten nicht ausreichen (Subsidiaritätsprinzip). Deshalb muss es den Menschen auf allen Ebenen ermöglicht werden, Politik aktiv mitzugestalten. Was bedeutet das für die Menschen in unserem Land und speziell für die Familien?

Es heißt nichts anderes, als dass immer dort entschieden werden soll, wo die Entscheidung notwendig ist, nämlich vor Ort und dort, wo die Menschen betroffen sind! Demzufolge liegt die Entscheidungskompetenz für unsere Familien nicht in Brüssel oder bei irgendeiner Regierung, sondern als kleinstes Entscheidungsgremium immer bei den Familien selbst. Allein sie sind die Experten, wenn es um die Kindererziehung oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht.

Damit die Familien ihre elterliche Kompetenz nach ihren je eigenen Bedürfnissen individuell ausüben können, ist der Staat per Gesetz dazu verpflichtet, für Familien die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit das verfassungsrechtlich garantierte Recht auf Erziehung der Kinder auch von den Eltern gebührend wahrgenommen werden kann. Die Alternative für Deutschland setzt sich für diejenigen Rahmenbedingungen ein, die unseren Familien auch **tatsächlich genügend Zeit und Geld** geben, um ihre wichtige Erziehungsarbeit angemessen auszuführen.

Im Zuge der „Gleichstellungspolitik“ wird oft von Wahlfreiheit und „fairen Einkommensperspektiven im Berufsleben“ gesprochen, die wenig realistisch sind, weil den Eltern eben keine andere Wahl bleibt, als nach der Elternzeit wieder schnell und zu zweit erwerbstätig zu sein, wenn sie auch nur halbwegs finanziell über die Runden kommen wollen. Echte Wahlfreiheit setzt zunächst einmal eine echte Gleichstellung und Wahlmöglichkeit zwischen Erwerbsarbeit und Erziehungsarbeit voraus, die dann den Eltern die Möglichkeit lässt, **selbst zu entscheiden**, wer, wie lange, welches Modell in Anspruch nimmt. Diese Entscheidungsfreiheit der Eltern wird die AfD positiv unterstützen.

Gleichstellungspolitik darf deshalb gerade nicht dazu benutzt werden, mit gezielten Strategien die Ressourcen der Eltern zugunsten von Interessengruppen und auf Kosten kindlicher Bedürfnisse bis an die Belastbarkeitsgrenzen auszuschöpfen. Die AfD vertritt deshalb in besonderem Maße die individuellen Bedürfnisse und Interessen der Familien, denn nur unsere Familien sind der Garant für ein aktives Gestalten unserer gesellschaftlichen Perspektive.